



als Zuhörer:

Nicole Voß (Presse)  
Flemming Krause (Presse)

von der Verwaltung:

Beigeordneter Graumann  
Dezernent Hesener  
Dezernent Hesse  
Stadtoberverwaltungsrat Gabriel  
Baubetriebshofleiter Hennen (nur  
öffentlicher Teil)  
Stadtverwaltungsrat Lütticke  
Stadtverwaltungsrätin Struck  
Stadtverwaltungsrat Vogt (nur öffentlicher  
Teil)  
Verwaltungsangestellter Vogt als  
Schriftführer

Entschuldigt fehlten die Stadtverordneten

Jürgen Große  
Marius König  
Nicole Kost  
Wolfgang Langenohl  
Hanna Wurm

Bürgermeister Pospischil begrüßte die erschienenen Zuhörer, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Sitzungsteilnehmerinnen und Sitzungsteilnehmer. Sodann stellte er die Beschlussfähigkeit fest.

## **I. Öffentlicher Teil**

### 1. Beratung des Protokolls über die letzte Sitzung vom 13.12.2023

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie folgt:

Beschluss:

Form und Inhalt des Protokolls über die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 13.12.2023 – öffentlicher Teil – werden gebilligt.

Beratungsergebnis: 33 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

### 2. Einwohnerfragestunde

Es ergaben sich keine Fragen.

### 3. Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NRW

Es lagen keine Anregungen oder Beschwerden vor.

4. Wirtschaftsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2024 (ohne Vorlage)

Bürgermeister Pospischil informierte, dass es keine Vorlage gebe, der Wirtschaftsplan aber der Einladung beigelegt worden sei. Im Haupt- und Finanzausschuss am 24.01.2024 sei der Wirtschaftsplan einstimmig gebilligt worden.

Sodann beschloss die Stadtverordnetenversammlung wie folgt:

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2024 wird gebilligt.

Beratungsergebnis: einstimmig

5. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2024 (Vorlage 1/2024)

Bürgermeister Pospischil informierte, dass man aufgrund des Cyberangriffes auf die SIT die übliche Zeitfolge nicht habe einhalten können. So habe man den Haushaltsplanentwurf erst in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Dezember einbringen können. Aufgrund dessen seien die Sondersitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und der Stadtverordnetenversammlung angesetzt worden, um den Haushalt schnellstmöglich beschließen zu können. Parallel hätten die Fraktionen getagt, was eine Bündelung der Anträge zur Folge gehabt habe.

Sodann ging Bürgermeister Pospischil kurz auf die gestellten Änderungsanträge ein.

Die wesentlichen Änderungen, welche sich unter anderem aufgrund der reduzierten Kreisumlage ergeben hätten, seien durch Dezernent Hesener im Haupt- und Finanzausschuss erläutert worden, so Bürgermeister Pospischil. Er ergänzte, dass die Bürgermeister der Kommunen des Kreises Olpe eine Stellungnahme zur Kreisumlage an den Landrat gegeben hätten. Diese Stellungnahme sei den Fraktionen ebenfalls zugegangen.

Sodann hielten die Fraktionsvorsitzenden Bock (SPD-Fraktion), Ohm (CDU-Fraktion), Arens (UfA-Fraktion), Pröll (Grünen-Fraktion), Richard (UWG-Fraktion) und Warias (FDP-Fraktion) ihre Haushaltsreden. Die Haushaltsreden sind dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Im Anschluss listete Bürgermeister Pospischil erneut die gestellten Änderungsanträge auf und positionierte sich zu diesen. Den Antrag der FDP-Fraktion zur Auflistung der freiwilligen Leistungen befürwortete er ebenso wie die

beiden SPD-Anträge (Jugendtreff Helden und mobiler Hochwasserschutz) und den UfA-Antrag zur Reduzierung des Haushaltsansatzes für den Kultursommer. Beim CDU-Antrag zur Erhöhung des Ansatzes für die Förderung von Gemeinschaftsinitiativen werde er sich enthalten.

Zu den freiwilligen Leistungen ergänzte Bürgermeister Pospischil, man kürze diese aus finanziellen Gründen, nicht weil es weniger Zuspruch von städtischer Seite gebe. Man habe lange viel gefördert, was nun leider in diesem Umfang nicht mehr möglich sei.

Sodann ging er auf Kürzungen im Bereich des Klimaschutzes ein. Diese würden Attendorn nicht ausbremsen, da die Kürzungen im Bereich von Förderprogrammen vollzogen würden, welche teilweise nicht gut oder nur als Mitnahmeeffekt genutzt würden. Er sprach von einer Kürzung mit Augenmaß. Anschließend bedankte er sich bei den Fraktionen. Diese hätten Disziplin gezeigt und den eingeschlagenen Konsolidierungskurs unterstützt.

Stadtverordneter Koch kündigte sodann an, sich bei der Abstimmung zu enthalten. Grund dafür seien Beauftragungen im Rahmen des Kultursommers, welche bereits vor Beschluss des Haushalts 2024 stattgefunden hätten. Er sehe das Ganze problematisch.

Dezernent Hesener äußerte, dass er die Ausführungen des Stadtverordneten Koch haushaltsrechtlich nicht nachvollziehen könne. Bei den angesprochenen Beauftragungen handle es sich um Vorverträge, die aus Gründen der Planungssicherheit bereits im alten Jahr abgeschlossen werden mussten. Es sei aber grundsätzlich möglich, die Veranstaltung noch abzusagen.

Bürgermeister Pospischil ergänzte, dass diese Vorgehensweise nicht nur bei den Planungen für den Kultursommer Anwendung finde, sondern ebenfalls bei den Planungen für die Stadthalle. Zur vorvertraglichen Sicherung von Veranstaltungen gebe es keine Alternative.

Über die vorliegenden Fraktionsanträge sowie über den Gesamthaushalt wurde wie folgt abgestimmt:

#### 1. SPD-Antrag

##### Beschlussvorschlag:

Das Mietverhältnis für den Jugendtreff in Helden wird fortgesetzt und für 2024 der Ansatz 36.361.01 – 5318028/7318028 (Zuschuss Jugendtreffs) um 1.700 € auf 23.100 € und 2025ff. um 6.000 € auf jeweils 19.600 € erhöht.

Beratungsergebnis: 19 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

#### 2. SPD-Antrag

Beschlussvorschlag:

Aus dem Produkt 55.552.01 (Gewässer- und Hochwasserschutz) wird für die Beschaffung und Bereitstellung eines mobilen Hochwasserschutzes eine entsprechende Summe in Höhe von 10.000 € aus dem Produktsachkonto „Folgen des Klimawandels“ zur Verfügung gestellt.

Beratungsergebnis: einstimmig

CDU-Antrag

Beschlussvorschlag:

Der Ansatz 25.281.01 – 5318014/7318014 (Zuschüsse zu Gemeinschaftsinitiativen) wird 2024ff. um 10.000 € auf 30.000 € erhöht.

Beratungsergebnis: 33 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

UfA-Antrag

Beschlussvorschlag:

Der Ansatz 25.252.01 – 5281010/7281010 (Kulturveranstaltungen) wird ab dem Jahr 2025 um 10.000 € auf 60.000 € gekürzt.

Beratungsergebnis: einstimmig

FDP-Antrag

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung listet bis zum 30.09.2024 alle aktiven Förderprogramme sowie freiwillige Leistungen auf. Diese sollen verwaltungsseitig einer Kosten-Nutzenanalyse unterzogen werden.

Nach Vorliegen dieser Daten erfolgt bis zur Einbringung des Haushaltes 2025 die politische Debatte, welche Leistungen weitergeführt werden sollen, welche angepasst oder vielleicht auch gestrichen werden können.

Beratungsergebnis: einstimmig

Gesamtbeschluss über den Haushalt 2024

### Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltssatzung nebst Anlagen für das Jahr 2024 auf der Grundlage des Haushaltentwurfes vom 13.12.2023 und der beigefügten Änderungsliste vom 31.01.2024.

Beratungsergebnis: 33 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

## 6. Bekanntgaben

### 6.1 Breitbandausbau im Kreis Olpe bzw. Attendorn

Bürgermeister Pospischil gab bekannt, dass der Bund bekanntermaßen dem Kreis Olpe für eine Förderung des Gigabitausbaus im Rahmen des Graue-Flecken-Programms einen Förderbetrag von rund 14 Millionen Euro in Aussicht gestellt habe. Dies entspreche 50 % der erwarteten Kosten. Eine Kofinanzierung des Landes für weitere 30 % werde erwartet. Die kommunalen Eigenanteile lägen bei 20 %. Der Anteil für Attendorn könne erst nach der in Vorbereitung stehenden Ausschreibung betragsmäßig näher beziffert werden.

Bürgermeister Pospischil gehe davon aus, dass der Ausbau und die Nutzung der Fördermöglichkeiten wie in der Vergangenheit weiterhin im Interesse aller Fraktionen liege. Er beabsichtige daher, die begonnene kreisweite interkommunale Kooperation fortzusetzen.

### 6.2 Attendorn Open Air

Bürgermeister Pospischil gab bekannt, dass in der öffentlichen Berichterstattung zum Attendorn Open Air der Eindruck erweckt worden sei, dass die Hansestadt Attendorn mit dem Attendorn Open Air eine Veranstaltung finanziere, die im Rahmen des Biggensee Open Air aus finanziellen Gründen abgesagt worden sei. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen umfassenden Konsolidierungsmaßnahmen im städtischen Etat habe dies in Teilen der Bevölkerung zu Irritationen geführt.

Wie bereits in der Bekanntgabe in der Dezembersitzung vorgetragen, übernehme die Hansestadt Attendorn keine finanziellen Pflichten und Risiken für die Veranstaltung „Attendorn Open Air“. Auch wenn die Hansestadt Attendorn als örtlicher Veranstalter mit in die Planung einsteige, erfolge eine Unterstützung ausschließlich durch den Personaleinsatz und das Know-How des Veranstaltungsmanagements und in Form geringer Aufwendungen für die Planung infrastruktureller Rahmenbedingungen, die über die normalen Veranstaltungsaufwendungen ohne Mehrbedarf gedeckt seien. Einen separaten Haushaltsansatz für das Attendorn Open Air gebe es bekanntermaßen nicht.

Für die Hansestadt Attendorf sei das Attendorf Open Air mit bundesweiten Medienpartnern eine tolle Image- und Marketingaktion ohne finanzielles Risiko und ein echtes Highlight für Attendorf.

### 6.3 Sachstand zum weiteren Bauablauf an der Ihnetalbrücke

Bürgermeister Pospischil gab bekannt, dass der Landesbetrieb mitteile, dass derzeit eine Presseinformation zur weiteren Vorgehensweise zum Neubau der Ihnebrücke vorbereitet werde.

Nach einer Anfrage im Hauptausschuss habe der Bürgermeister zudem um die Zusendung und Weiterleitung von Planunterlagen zum Turbokreisel gebeten. Hierzu teile der Landesbetrieb mit, dass eine Internetseite im Aufbau sei, die u. a. auch Planunterlagen zur Verfügung stelle. Ein genauer Termin, wann diese online gehe, sei nicht mitgeteilt worden.

## 7. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

### 7.1 Stadtverordneter Schöpf – Verkehrsdisplay Bergstraße/Auf den Peulen

Stadtverordneter Schöpf fragte schriftlich an, ob es der Verwaltung möglich sei, im Bereich Bergstraße/Auf den Peulen ein Verkehrsdisplay aufzustellen.

Bürgermeister Pospischil antwortete, man werde die Anfrage in der nächsten Sitzung beantworten.

### 7.2 Stadtverordneter Thys – Ladezone Hofestatt

Stadtverordneter Thys fragte schriftlich an, ob anstelle der Ladezone in der Hofestatt wieder ein Behindertenparkplatz eingerichtet werden könne, da die Ladezone selten von Lieferanten genutzt werde und zugleich Parkplätze für Menschen mit Behinderungen in der Innenstadt rar seien.

Bürgermeister Pospischil antwortete, man werde die Anfrage in der nächsten Sitzung beantworten.

### 7.3 Stadtverordneter Schöpf – Bauanträge/Mülltonnen Obdachlosenunterkunft

Stadtverordneter Schöpf fragte an, wer für solche Schäden aufkäme, welche durch verzögert bearbeitete Bauanträge verursacht würden. Weiter bat er den Bürgermeister, Kontakt mit dem Kreis aufzunehmen und zu klären, ob die Bauanträge gegebenenfalls durch andere Kommunen bearbeitet werden könnten. Er erkundigte sich weiter, ob an der Obdachlosenunterkunft an der Finntroper Straße nicht anstatt mehreren normalen Mülltonnen alternativ ein drei Kubikmeter Container abgestellt werden könne, da er den Eindruck habe, dass dort nicht besonders auf die Mülltrennung geachtet werde. In dem Zusammenhang sprach er ein Lob an den Baubetriebshof aus, deren Mitarbeiter den Müll dort entsorgen würden.

Bürgermeister Pospischil antwortete, zum Thema Bauanträge stehe man im Austausch. Die Bauanträge könnten jedoch nur durch die Genehmigungsbehörde erteilt werden. Man bleibe aber an der Angelegenheit dran. Die Anregung zu den Mülltonnen nehme man mit. Er ergänzte, dass der Müll dort allerdings auch von anderen Personen und nicht nur von den Obdachlosen abgelegt werde.

7.4 Stadtverordneter Warias – Schadenersatzansprüche im Zusammenhang mit dem Cyberangriff

Stadtverordneter Warias fragte an, ob im Zusammenhang mit dem Cyberangriff auf die SIT möglicherweise Anspruch auf Schadenersatz bestehe.

Bürgermeister Pospischil antwortete, dass man hierzu in Beratungen sei, die Haftungsansprüche würden jedoch erst in der Zukunft geklärt.

7.5 Stadtverordneter Bock – Sperrung der kompletten Kreuzung an der Ihnetalbrücke

Stadtverordneter Bock fragte an, ob es richtig sei, dass die Kreuzung an der Ihnetalbrücke zu einem Zeitpunkt in alle Fahrtrichtungen gesperrt werde.

Bürgermeister Pospischil antwortete, dass bei der kurzfristig angekündigten Sperrung nur die Brücke betroffen sei. Bei den später folgenden Sperrungen sei auch die Kreuzung betroffen. Er ergänzte jedoch, dass die Möglichkeit bestehe, dass es nicht zur ersten anstehenden Sperrung komme.

7.6 Stadtverordneter Schöpf – Zukunft der SIT / Entleerung der Bio-Mülltonnen

Stadtverordneter Schöpf fragte unter Bezug auf den Cyberangriff an, ob die Zusammenarbeit mit der SIT die Zukunft für Attendorn sei. Weiter wolle er wissen, ob die vergangene Woche nicht geleerten Bio-Mülltonnen heute ebenfalls nicht geleert würden.

Bürgermeister Pospischil antwortete, die Stadt könne die Arbeit der SIT nicht alleine leisten. Er ergänzte, der Städte- und Gemeindebund NRW sage, es gebe insgesamt ein zu breites Feld an IT-Dienstleistern. Daher seien weiter Zusammenschlüsse in diesem Bereich auf Landesebene zu erwarten.

Dezernent Hesener informierte, dass die Bio-Mülltonnen entsprechend des Abfallkalenders geleert würden. Im Haupt- und Finanzausschuss sei bereits berichtet worden, dass die Bio-Mülltonnen witterungsbedingt nicht geleert worden seien. Leider sei durch den ZAKO erst spät eine Pressemitteilung veröffentlicht worden.

7.7 Stadtverordneter Richard – Nationalpark Ebbe; Probleme in Herscheid

Stadtverordneter Richard berichtete von großen Problemen in Herscheid in Zusammenhang mit dem Nationalpark Ebbe. Er fragte an, ob Attendorn hiervon ebenfalls betroffen sei.

Bürgermeister Pospischil antwortete, dass die Gebietskulisse des geplanten Nationalparks auch Attendorner Stadtgebiet berühre. Mehrere Kommunen aus dem Märkischen Kreis hätten sich bereits für das Projekt ausgesprochen, Herscheid jedoch dagegen. Daher habe Attendorn einen entsprechenden Antrag vorerst auf Eis gelegt. Er fügte hinzu, der Märkische Kreis hätte seinen kreisangehörigen Kommunen zur Unterstützung aufgefordert. An Attendorn sei bisher niemand herangetreten.

7.8 Stadtverordneter Strotkemper – Behandlung des Antrages der SPD-Fraktion zum Thema Nationalpark Ebbe

Stadtverordneter Strotkemper fragte an, wann der Antrag der SPD-Fraktion zum Thema Nationalpark Ebbe behandelt werde. Er regte an, sich hier nicht an der Gemeinde Herscheid zu orientieren.

Bürgermeister Pospischil antwortete, dass er die Frage aufgrund der unter TOP 7.8 geschilderten Situation nicht beantworten könne. Er ergänzte, man habe in Kontakt mit dem Märkischen Kreis gestanden. Aus dem Gespräch habe sich ergeben, dass momentan kein Handlungsbedarf bestehe.

8. Einwohnerfragestunde (nur zu den behandelten Tagesordnungspunkten)

Es gab keine Fragen.